

**Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SRL NR. 892)
Umsetzung Inkassohilfeverordnung****Vernehmlassung - Fragebogen**

Bitte verwenden Sie für Ihre Stellungnahme diesen Fragebogen.

Wir danken für die Rücksendung des Fragebogens bis am 30. September 2021 per E-Mail
an: disq@lu.ch

Fragebogen eingereicht von:	
Behörde/Institution/Organisation:	SVP Kanton Luzern
Adresse:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
Ansprechpartner für Rückfragen:	Markus Schumacher
Telefonnummer:	079 534 92 54
E-Mail-Adresse:	markus.schumacher@lu.ch
Hat Ihre Gemeinde die Aufgabe der Inkassohilfe oder der Alimentenbevorschussung an Dritte delegiert?	<input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, sowohl Inkassohilfe als auch Alimentenbevorschussung, an: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. <input type="checkbox"/> ja, nur Inkassohilfe oder Alimentenbevorschussung an: Klicken Sie hier, um Text einzugeben. <input type="checkbox"/> ja, nur Alimentenbevorschussung an: Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

1	Sind Sie <i>grundsätzlich</i> mit der geplanten Umsetzung der Inkassohilfeverordnung im Kanton Luzern einverstanden?	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
2	Befürworten Sie, dass die Zuständigkeit im Bereich der Alimentenhilfen (Alimentenbevorschussung und Inkassohilfe) weiterhin bei den Einwohnergemeinden liegen soll? (siehe Kapitel 4.4 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
3	Befürworten Sie, dass die Zuständigkeit im Bereich des internationalen Alimenteninkassos weiterhin bei den Einwohnergemeinden liegen soll? (siehe Kapitel 4.5 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)	
	<input type="checkbox"/> ja	
	<input checked="" type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	<p>Wenn es sich hierbei um sehr wenige Fälle handelt, wäre es sinnvoll zu zentralisieren um nicht überall Know How aufzubauen müssen und Kosten zu sparen.</p> <p>Sollten jedoch einige Fälle vorhanden sein, ist die Zuständigkeit bei den Gemeinden zu belassen.</p>
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
4	Befürworten Sie, dass den Gemeinden bei der Organisation der Alimentenhilfen (Alimentenbevorschussung und Inkassohilfe sowie internationales Alimenteninkasso) hohe organisatorische Flexibilität belassen werden soll, sofern sie die Vorgaben an die Fachlichkeit erfüllen? (siehe Kapitel 4.4 und 4.5 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

5	Befürworten Sie, dass der Regierungsrat die fachlichen Anforderungen an die Leistungserbringung in der Sozialhilfe auf Verordnungsstufe konkretisieren soll? (siehe Kapitel 4.3 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)	
	<input type="checkbox"/> ja	
	<input checked="" type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	<p>Wir befürworten Mindestanforderungen. Bereits erfahrenen Mitarbeitende muss jedoch Rechnung getragen werden. Es kann nicht sein, dass da nur Ausbildungen zählen dürfen, welche wieder unnötig Geld kosten.</p> <p>Es sollen in allen Gemeinden die gleichen Richtlinien zur Anwendung kommen. Diese Richtlinien können verordnet werden. Weitergehende Verordnungen zur Fachlichkeit würden wir ablehnen.</p> <p>Bis anhin haben die Gemeinden die nötige Nähe zu den Klienten. Aus diesem Grund erachten wir es als sinnvoll, wenn die fachliche Basisarbeit auch weiterhin bei den Personen liegt, die diese Nähe haben. Wir wollen nicht, dass da der Kanton darauf Einfluss nimmt.</p>
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	
6	Befürworten Sie, dass die Inkassohilfe und die Alimentenbevorschussung – mit Ausnahme des internationalen Inkassos – jeweils von der gleichen Stelle geführt werden muss? (siehe Kapitel 4.1 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
7	Befürworten Sie, dass eine Inkassohilfe für weitere familienrechtliche Ansprüche eingeführt werden soll (Ansprüche auf besondere Beiträge für nicht vorhergesehene ausserordentliche Bedürfnisse des Kindes und Ansprüche der unverheirateten Mutter)? (siehe Kapitel 4.2 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)	
	<input type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

	<input checked="" type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	<p>Die SVP lehnte aus Sicht der Praxis die Inkasohilfe für weitere familienrechtliche Ansprüche ab, weil diese sehr schwierig umzusetzen ist. Zudem sind wir der Meinung, dass Klienten über den normalen Rechtsweg Rechtssicherheit in diesen Punkten erreichen sollten.</p> <p>Die Gerichte sollten erst eine Basis zur Rechtssicherheit (ist der Anspruch gerechtfertigt Ja/Nein) erwirken.</p>
8	Befürworten Sie, dass die Dienststelle Soziales und Gesellschaft im Bereich der Alimentenhilfen einen erweiterten Koordinationsauftrag wahrnehmen soll? (siehe Kapitel 4.6.1 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)	
	<input type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input checked="" type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	<p>Bis anhin haben die Gemeinden die nötige Nähe zu den Klienten. Aus diesem Grund erachten wir es als sinnvoll, wenn die fachliche Basisarbeit auch weiterhin bei den Personen liegt, die diese Nähe haben. Wir wollen nicht, dass da der Kanton zu sehr Einfluss nimmt. Die Durchführung von Schulungen, Herausgabe von Musterdokumenten, Merkblättern und Praxishilfen oder die Organisation von ERFA Gruppen befürworten wir. Eine Weisungsbefugnis durch Verfügungen durch den Kanton lehnen wir aber ab.</p>

9	Befürworten Sie, dass das Gesundheits- und Sozialdepartement in der Sozialhilfe (Alimentenhilfen, wirtschaftliche und persönliche Sozialhilfe sowie Nothilfe) eine Oberaufsicht über die Aufsicht des Gemeinderates ausüben soll? (siehe Kapitel 4.6.2 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)	
	<input type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input checked="" type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Die neue Oberaufsicht würde zu erhöhten administrativen Aufwand führen und ist nicht zu unterstützen. Bereits jetzt wäre eine Prüfung unter VRG 180 möglich.
10	Befürworten Sie, dass eine gesetzliche Grundlage für den sogenannten Übergangsmonat in der wirtschaftlichen Sozialhilfe gemäss SKOS-RL C.4.3 geschaffen wird? (siehe Kapitel 5 Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	<input type="checkbox"/> mehrheitlich ja, aus folgenden Gründen:	
	<input type="checkbox"/> nein, aus folgenden Gründen:	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
11	Haben Sie weitere Bemerkungen?	
	<input type="checkbox"/> nein	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
	<input checked="" type="checkbox"/> ja, nämlich	Die Gemeinden sollen die grösst mögliche Autonomie behalten können. Wir wollen in diesem Bereich möglichst wenig zentralistische Weisungs- oder Verordnungsbefugnisse.